

Mag. Alexander Schallenberg

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Walter Rosenkranz
 Parlament
 1017 Wien

Wien, am 20. Jänner 2025

GZ. BMEIA-2024-0.846.765

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 20. November 2024 unter der Zl. 97/J-NR/2024 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Nord-Stream-Anschläge: Wann wird der ukrainische Botschafter einbestellt?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

- *Liegen Ihnen bzw. Ihrem Ressort neue Erkenntnisse zu den Anschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines vor?*
Liegen Ihnen Informationen vor, wonach es eine Involvierierung des ukrainischen Staates bei den Anschlägen gab?
Hat Ihr Ressort in dieser Angelegenheit mit anderen europäischen Behörden bzw. mit Behörden von anderen betroffenen Staaten kooperiert?
- *Hat Ihr Ressort mit ukrainischen Behörden/der ukrainischen Regierung Kontakt aufgenommen, um die Anschlagsvorwürfe zu erläutern und auszuräumen?*
Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?
Wenn nein, warum nicht?
- *Hat Ihr Ressort mit dem polnischen Botschafter und/oder polnischen Behörden/der polnischen Regierung Kontakt aufgenommen, um die Anschlagsvorwürfe zu erläutern und auszuräumen?*
Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?
Wenn nein, warum nicht?
- *Wurde der ukrainische Botschafter in Wien angesichts der schwerwiegenden Vorwürfe bereits einbestellt und befragt?*
Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

Wurden ukrainische Diplomaten ausgewiesen?

Wurden ukrainische Diplomaten zur personae non gratae erklärt?

- *Haben die derzeitigen Ermittlungen Einfluss darauf, ob und in welchem Umfang Österreich die Ukraine auch in Zukunft unterstützen wird?*
- *Sofern eine ukrainische Urheberschaft der Anschläge gerichtlich nachgewiesen werden kann, wird sich der Bund für den entstandenen Schaden via der OMV in Milliardenhöhe beim ukrainischen Staat schadlos halten?*
- *Wurden gemeinsam mit der OMV und anderen Ressorts Maßnahmen zur Sicherung der Gasversorgung Österreichs, auch gegen den Widerstand der Ukraine, getroffen?*
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum wurden keine Maßnahmen getroffen, um die Energieversorgung Österreichs auch bei Sabotage durch die Ukraine sicherzustellen?

Das Ermittlungsverfahren der deutschen Behörden ist noch nicht abgeschlossen, das Ergebnis dieses Verfahrens ist abzuwarten. Die restlichen Fragen fallen nicht in die Vollziehung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA).

Mag. Alexander Schallenberg